

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Staatlich geprüfter Monatspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfsredaktion)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Gesellschaftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 15/16

Berlin, Sonnabend, 24. Februar 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Ubergangswirtschaft und Arbeiterfrage. — Die Arbeiter- und Amtlichkeitsfrage des Zentralrates vom letzten Freitag. — Noch nicht reif für den Sozialismus. — Die Lohnbewegung im Schneidergewerbe beendet. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbände. — Literatur. — Anzeigen.

Ubergangswirtschaft und Arbeiterfrage.

Unter diesem Titel ist kürzlich eine Schrift von Dr. Gerhard Albrecht (Carl Seymanns Verlag, Berlin, Mauerstr. 43-44, Preis 60 Pfg.) erschienen, der wir weitgehendste Beachtung wünschen. Im Deutschen Reich, so wird da einleitend ausgeführt, hat die Notwendigkeit der Vorbereitung auf den Tag, wo unsere Heere heimkehren, ihre Anerkennung in der Berufung eines Reichskommissars für Ubergangswirtschaft gefunden, dem ein Beirat zur Seite gestellt ist. Der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich hat in großen Zügen ein Programm für die Arbeit, die dem Reichskommissar samt dem Beiräte für Ubergangswirtschaft obliegt, entwickelt und in zutreffender Weise die Arbeiterfrage, die Rohstofffrage und die Kreditfrage als die Hauptprobleme der Abwicklungsvorbereitung gekennzeichnet.

Soweit aus den an die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen zu ersehen ist, ist die wichtigste dieser drei Fragen, die Arbeiterfrage, zunächst hinter die beiden anderen Fragen zurückgestellt worden; freilich ist anzunehmen, daß ihr von anderer Seite, ohne daß hierüber Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen, um so größere Aufmerksamkeit zugewandt wird. Vor zu einseitiger Arbeit auf diesem Gebiete in den geheimen Amtsstuben ist aber dringend zu warnen; der Stellen, die hier mitzureden und mitzuwirken haben, sind zu viele von weitgehender Zuständigkeit, als daß man die Ausdrücke in der Öffentlichkeit länger unterlassen sollte. Der Verfasser fordert deshalb in erster Linie, daß alle Organe und Männer, die für solche Fragen am meisten zuständig sind, zu den Vorarbeiten, d. h. in den Beirat für Ubergangswirtschaft berufen werden, also Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, der Arbeitsnachweise, der Berufsberatung, der Rechtsauskunft, der Kriegsbeschädigtenfürsorge und der zentralen Wohlfahrtsämter.

Als zweite Forderung wird die Aufnahme der Wohnungsfrage in das Programm der Ubergangswirtschaft gestellt. Angesichts der Lage des Wohnungsmarktes und der zweifellos wachsenden Nachfrage nach Kleinwohnungen muß diese Angelegenheit schon jetzt unverzüglich in Angriff genommen werden, ohne Rücksicht auf die entstehenden Kosten, die gegenüber den Millionen, die der Krieg täglich verschlingt, nicht ins Gewicht fallen. Es soll also dafür gesorgt werden, daß mit dem Augenblicke, da die Hände, die Arbeitskräfte in Ueberfülle wieder im Lande sind, die Arbeit, d. h. der Bau von Kleinwohnungen beginnen kann, um in wenigen Monaten den Bau zu errichten. Auch für die Unterbringung der Heimkehrenden gleich nach Friedensschluß müssen Vorkehrungen getroffen werden und werden Vorschläge gemacht. Für die Verheirateten werden kommunale Wohnungsbewertungsstellen verlangt, die die statistischen Unterlagen für das Wohnungsbedürfnis zu schaffen, für den Ausbau schlechter Wohnungen zu sorgen, die Unterbringung kleinerer Familien in großen leerstehenden Wohnungen vorzubereiten und bei der Preisfestsetzung für die Wohnungsmieten mitzuwirken haben.

In engem Zusammenhang damit steht die Ernährungsforderung. Deshalb muß der Plan für die Mannschafsentlassung einheitlich mit dem der Lebensmittelüberführung aus den militärischen

Probantämtern in die städtischen Lebensmittelämter ausgearbeitet werden. Es muß aber daneben auch Vorkehrungen für die Verteilung im Lande getroffen sein. Die Rationierung der Lebensmittel muß zunächst beibehalten und auch der Massenpeinigung erhöhte Bedeutung beigegeben werden.

Indessen das Hauptgewicht muß auf die Frage der Ueberführung der Heimkehrenden in Beruf und Verdienst gelegt werden. Im allgemeinen soll das eine Rückführung sein in dem Sinne, daß jeder seinen alten Beruf wieder aufnimmt und in die Arbeit, auch, wenn möglich, in die Arbeitsstätte zurückkehrt, die er bei seiner Einberufung zum Heere verlassen hat. In vielen Fällen wird dies nicht möglich sein, weil mancher Betrieb eingegangen ist, mancher andere wegen des Mangels an Rohstoffen nicht sofort wieder aufgenommen werden kann, aber auch mancher Arbeiter aus inneren Gründen nicht in den alten Beruf, in den alten Betrieb zurückkehren zu können glauben wird. Hier muß auf beiden Seiten, bei Unternehmern und Arbeitern, beiseiten das richtige Verständnis geweckt werden. Eine vertraute Zusammenarbeit zwischen Militärbehörde (Truppenenteil), Berufsberatung, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Lehrwerkstätte und Unternehmern wird aber außerdem einerseits dazu beitragen, daß man schon jetzt praktische Erfahrung in der Arbeit der Rückführung von Kriegsverletzten in das Berufsleben gewinnt und schon jetzt unendlich Segen stiftet und ein geschultes Menschenmaterial für die weit größeren Anforderungen in dem Augenblicke, wo die Waffen ruhen, erzieht und andererseits bewirkt, daß in der Zeit, wo drauhen muß und dabei von allen das Schicksal erleidet werden muß, um alles das zu schaffen, was der Krieg erfordert, keine Menschenkraft brachliegt, auch nicht die der Kriegsveteranen.

Letzten Endes aber hängt die Gestaltung der Ubergangswirtschaft auch für die Frage der Rückführung der Arbeiter in Beruf und Verdienst von der Lage der Industrie, ihrer Aufnahmefähigkeit für Arbeitskräfte und von der Organisation der Zuführung von Arbeitern in die aufnahmefähigen Wirtschaftszweige und Industriezweige ab.

Eine nur flüchtige Aufzählung erweist, daß es sofort nach dem Kriege an Arbeitsmöglichkeiten, auch wenn die Rohstoffzufuhr und all das andere noch fehlt, nicht mangeln wird. Es kommt nur darauf an, die vorhandenen Möglichkeiten rechtzeitig und richtig zu erfassen. Das aber läßt sich durch keine zentrale Stelle erreichen; ihr bleibt nur die Aufgabe, die Einheitlichkeit in der Dezentralisation zu gewährleisten und die richtigen Stellen auf die Notwendigkeiten der Vorbereitung, der rechtzeitigen Orientierung, des eingehenden Studiums der örtlichen Verhältnisse hinzuweisen und die Durchführung dieser Anweisungen zu überwachen. Ein einheitlich leitender Wille und die unbedingte Erkenntnis des vorliegenden Problems sind allerdings nicht zu entbehren.

Aber die Durchführung muß in der Hand örtlicher Stellen gegeben werden; dieser Gedanke tritt überall in den Vordergrund, von wo auch das Problem der Ueberanpassungsfrage angeknüpft wird. Nirgends anders kann eine bis ins einzelne gehende Vorbereitung — und diese ist unbedingt notwendig und ohne sie ist Unsicherheit und Verwirrung unvermeidlich — und ein alle Möglichkeiten erfassendes Studium fruchtbar werden, als an örtlichen Zentralen, die für ihr ena umschriebenes Arbeitsgebiet unter Mitwirkung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, der städtischen und kommunalen Verwaltungen, der Bauämter aller Art, der Industrie, der

Siedlungsgesellschaften, der Arbeiterorganisationen, kurz aller beteiligten Stellen allein einen Ueberblick über das Notwendige und Mögliche zu gewinnen vermögen. Örtliche Arbeitszentralen, wie sie die alle an einem Orte befindlichen Arbeitsnachweise zusammenfassenden Zentralauskunftsstellen und die seitens der preussischen Staatsregierung angeregten Beratungsstellen für Kriegsteilnehmer bei Landratsämtern und Gemeinden bisher nur unvollkommen darstellen, im engsten Anschluß an die vorhandenen Arbeitsnachweise, mögen diese Arbeit in sich zusammenfassen. In ihnen hat sich persönliche Tätigkeit zu bewähren, wie es vielleicht nie zuvor der Fall gewesen ist; es ist bekannt, wieviel gediegene Kraft und Begabung nicht zur Geltung kommen vermag, weil das rechte Arbeitsfeld fehlt, weil in so vieler Beziehung bisher nur bei den Zentralstellen die Möglichkeit der Verwendung gegeben war, weil alles und alles durch Staatsgesetz vorgeschrieben und nur die Durchführung nach Reglements den anderen gelassen war. Hier aber gilt es gerade, die Tätigen überall im Lande zu mobilisieren. Die Sicherheit und Hebungsfähigkeit des Ueberganges von der Kriegszur Friedenswirtschaft ist geradezu in die Hände dieser örtlichen Zentralen gelegt. Denn dieses wird der Gang des Rückstroms von ungezählten Arbeitskräften sein: Nach dem Heimatgebiete der Zurückkehrenden wird an die örtlichen Zentralen die Frage gerichtet werden: welche Arbeitsmöglichkeiten bestehen in jenem örtlich begrenzten Gebiete? Die Auskunft auf diese Frage wird zunächst über das Maß der Entlassungen vom Militär entscheiden und darüber ein Urteil auslösen, wie groß der Ueberfluß an solchen ist, die nicht ihre alte Arbeitsstätte vorfinden und für die andere Erwerbsmöglichkeiten gefunden werden müssen. Die Zentralen liefern also das Grundmaterial für die militärische Demobilisation.

Zu diesem schon jetzt aufammenzutragenden Material dieser örtlichen Arbeitszentralen wird folgendes zu gehören haben:

Genauere Kenntnis der in dem betreffenden Bezirk vorhandenen Industrie und der augenblicklichen und zukünftigen Produktionsmöglichkeiten sowie der Möglichkeiten, die für sie hinsichtlich des Ueberganges von der Kriegsmaterialienproduktion zu anderen Produktionszweigen bestehen; Kenntnis der vorhandenen Rohstoffe und der Bezugsmöglichkeiten nach Beendigung des Krieges; Kenntnis aller Pläne für Arbeiten, die nach dem Kriege in diesem Bezirk in Angriff genommen werden können, sowohl solcher der Industrie wie der öffentlichen Organe. Kenntnis des Arbeitsmarktes, sowohl des Bestandes der zurzeit Beschäftigten, als auch des Bedarfs an Arbeitskräften nach dem Kriege; hier ist es nötig, zwischen solchen Arbeitern, die nachher in den Betrieben verbleiben können, und solchen zu unterscheiden, die voraussichtlich entlassen werden. (Arbeitskräfte, die nur ausbilsweise ange stellt sind, die das Alter überschritten haben, bis zu dem unter normalen Verhältnissen die Arbeit geleistet wird; Jugendliche, die nach Eintritt normaler Verhältnisse an anderer Stelle, als bisher, zu beschäftigen sind.) Eine besondere Stellung kommt hier den weiblichen Arbeitskräften zu. Soweit es möglich ist, wird es eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Friedenswirtschaft sein, die Frauennarbeit wieder wie vor dem Kriege auf das nächste Maß einzuschränken. Natürlich darf ein unterschiedsloses, rigoroses Entlassen der Frauen aus Beruf und Verdienst nicht stattfinden, sondern es sind Unterschiede nach der Richtung zu machen, daß ein Teil der beschäftigten Frauen durch Verlust des Mannes und andere Notlagen gezwungen ist, die

Arbeit beizubehalten, um wirtschaftlich gesichert zu sein, und daß ein anderer Teil nach Rückkehr ihres Mannes aus dem Felde in ihren Beruf als Mutter und Hausfrau zurückkehren muß, um den Männern im Beruf Platz zu machen. Genaue Kenntnis dieser Verhältnisse, die durch fortlaufende Berichte unschwer zu erlangen ist, ist die Voraussetzung dafür, daß bei den wirtschaftlichen Umwälzungen des Ueberganges vom Krieg zum Frieden in der Frage der vor dem Kriege nicht im Betriebe tätig waren. Ungerechtigkeiten und Verfehrheiten vom sozialen, wirtschaftlichen und hygienischen Standpunkte vermieden werden.

Auf der anderen Seite gehört zu den Aufgaben der örtlichen Arbeitszentralen die Orientierung über die Art und das Maß des Rückstroms von Menschen und Arbeitskräften in den betreffenden zum Wirkungsbereich jeden Ortes gehörigen Bezirk. Diese Kenntnis ist nur durch Zusammenarbeiten mit den militärischen Behörden, insbesondere den Bezirkskommandos zu erlangen. Dasselbe gilt von der Entfernung der bis zum Friedensschlusse in Arbeit stehenden Kriegsgefangenen. Für sie ist zu fordern, daß sie in der Art einer allmählichen Ablösung in dem Maße, wie Erlas in Gestalt deutscher, aus dem Felde heimgekehrter Arbeitskräfte eintritt, durchgeführt wird und daß lediglich das Interesse der Industrie und der zurückkehrenden Arbeiter die Richtlinien für diese Ablösung diktiert.

Die Wäders- und Anstaltsfürsorge des Zentralkomitees vom Roten Kreuz.

Von Dr. Karstedt, Sieglitz.
(Schluß.)

Neben den bereits geschilderten Aufgaben laa der Abteilung Wäders- und Anstaltsfürsorge ferner daran, die weitesten Kreise des deutschen Volkes für ihre Arbeit in der Richtung zu interessieren, daß sie ihr die Mittel zur Verfügung stellen, um etwaige Lücken der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Weise auszugleichen, daß sie den Kriegsbeschädigten auf ihre Kosten ein Heilverfahren gewähren konnte. Der Gedanke der bestmöglichen Genußsicherung für die Kriegsbeschädigten erregte insbesondere das Interesse der deutschen Industrie, die Hand in Hand mit den Arbeiterorganisationen, der Geisteslichkeit, den kaufmännischen Ständevertretungen usw. vor etwa 1 1/2 Jahren einen Aufruf erließ, der in kürzester Zeit der Abteilung Wäders- und Anstaltsfürsorge weit über 1 Million Mark verschaffte. Entsprechend dem Geist des Aufrufs findet dieser Betrag, wie bereits erwähnt, dort Verwendung, wo die übrigen zum Eintreten vorhandenen Faktoren nicht oder nicht in genügender Weise Hilfe bringen können. Sondern von heeresentlassenen Kriegsteilnehmern hat die Abteilung Wäders- und Anstaltsfürsorge bereits die Gesundheit auf ihre Kosten wiederherstellen können, und Tausende der ihr von den Hauptfürsorgeorganisationen überwiesenen Kriegsbeschädigten gehören zu ihrem mit Erfolg in Fürsorge angenommenen Schützlingen.

Dem Ideenkreis unserer Zeit entsprechend ist die Abteilung Wäders- und Anstaltsfürsorge bestrebt gewesen, ihrer ganzen Arbeit das Obium der „öffentlichen Wohltätigkeit“ grundtätlich abzunehmen. Dementsprechend geschieht auch die Unterbringung ihrer Pfleglinge in den Badeorten nicht etwa kasernenmäßig, sondern möglichst individuell, das heißt, jeder Pflegling wird als Einzelkurgast seinem Stande entsprechend untergebracht, damit auf die Weise auch die psychischen Heilfaktoren für den Kurerfolg nutzbar gemacht werden. Ehrenamtlich wirkende Vertrauensleute, meistens pensionierte Beamte oder Offiziere, sorgen am Kurort dafür, daß einmal der Kriegsbeschädigte zu seinem Recht kommt, und auf der anderen Seite für sein möglichst lurgemäßes Verhalten. Die Erfahrungen, die die Abteilung mit der Einzelunterbringung ihrer Schützlinge gemacht hat, sind die allerbesten. Sämtlichen Kriegsbeschädigten, die sie bisher in ihrer Fürsorge gehabt hat, kann sie mit verschwindend geringen Ausnahmen mit Freude bestätigen, daß das Vertrauen, das sie ihnen entgegenbrachte, indem sie ihnen möglichstste Freiheit ließ, völlig gerechtfertigt worden ist.

Es hat am Beginn ihrer Tätigkeit nicht am Skeptikern gefehlt, die da glaubten, daß man im Interesse der Disziplin und Ordnung früher oder später doch wieder dazu kommen müßte, die Entsandten in Massenquartieren zu kasernieren. Eine mehr als zweijährige Erfahrung hat aber bewiesen, daß sich auch hier wieder bestätigt, daß Vertrauen auch Verantwortungsgefühl weckt.

Es sei noch einmal erlaubt, auf das Verhältnis der Wäders- und Anstaltsfürsorge zur amtlichen

bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge zurückzukommen.

Entsprechend ihrer Ueberzeugung, daß die hinsichtlich der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge auf alle Fälle gestützt und gefördert und alles Dilettieren und Missens unbedingt vermieden werden muß, lehnt es die Abteilung Wäders- und Anstaltsfürsorge grundsätzlich ab, unmittelbar seitens der Kriegsteilnehmer an sie gelangenden Heilanträgen ohne weiteres zu entsprechen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die zunächst allein zur Entscheidung berechnete Stelle die amtliche Kriegsbeschädigtenfürsorge bleiben muß. Ihrem Gutachten muß sie die Beurteilung überlassen, ob dem Antrag im Einzelfall zu entsprechen ist. Ihre Sache muß es aber auch sein, festzustellen, ob nicht andere Stellen (Sozialversicherung usw.) zur Gewährung des Heilverfahrens verpflichtet sind. Immerhin kommen, wie bereits erwähnt, genügend Fälle vor, in denen ein Eintreten der Abteilung doch unbedingt notwendig ist. Das ist u. a. z. B. in all den Fällen erforderlich, wo der betreffende Kriegsteilnehmer ohne Rente entlassen ist und deshalb im allgemeinen der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht unterliegt. Die Mittel, die der Abteilung zur Verfügung stehen, setzen sie in den Stand, in diesen Fällen helfend einzugreifen. Darüber hinaus aber geben ihre Organisation und die ihr zur Verfügung stehenden Mittel der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge die Möglichkeit, in viel zahlreicheren Fällen Heilverfahren zu gewähren, als das bei dem Nichtvorhandensein der Abteilung und bei der gebotenen Sparsamkeit sonst möglich wäre. Es dürfte z. B. interessieren, daß die Abteilung den Hauptfürsorgeorganisationen für je 2000 Mark, die von ihnen für Heilverfahren aufgewendet worden sind, die durch die Abteilung Wäders- und Anstaltsfürsorge durchgeführt wurden, eine Freistelle im Werte von 200 Mark rücküberläßt. Darüber hinaus werden außerdem den Hauptfürsorgeorganisationen aus den zur Verfügung stehenden Mitteln im Bedarfsfall auch anderweitig Freistellen überlassen.

Der Reichstag hat die sechensreiche Arbeit der Abteilung Wäders- und Anstaltsfürsorge übrigens im Jahre 1916 in schmeichelhafter Weise anerkannt, indem er durch einen Initiativantrag, der von Abgeordneten aller Parteien unterstützt war, den Reichssekretär ersuchte, ihr Reichsmittel zur Verfügung zu stellen.

Noch nicht reif für den Sozialismus.

r. a. Göschl lehrreich in den Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokraten ist für den unbeteiligten Zuschauer die Tatsache, daß man innerhalb dieser Partei mit Schlagworten, die allen Kurzwert verloren haben, mutig auftrumpft. Ganz besonders ist es die Frage: Ist die kapitalistische Entwicklung reif für den Sozialismus?, die heute schon ganz anders beantwortet wird als vor dem Kriege und kurz nach Ausbruch des Krieges.

Als der Krieg begann, galt es beim linken Flügel der Partei als sicher, daß die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung binnen wenigen Monaten zusammenbrechen würden. Die Auffassung derer vom rechten Flügel, daß die kapitalistische Produktion, der Banken- und Geldmarkt viel elastischer und viel fester fundiert sei, als man bisher angenommen, wurde als feberisch abgetan. Inzwischen sind 30 Kriegsmomente ins Land gegangen, und nunmehr kommen auch die auf den Zusammenbruch Spekulierenden zu der Einsicht, daß es ein großer Irrtum war, anzunehmen, die Wirtschaftsordnung sei bereits reif für den Sozialismus, reif für die Welt zur Sozialistischer Endziele. Soweit sie die durch den Krieg herbeigeführten Umwälzungen zu deuten wissen, sind jene Kreise zu der Erkenntnis gekommen, daß nach dem Kriege noch eine längere Periode finanzkapitalistischer Entwicklung, eine Ära der Verschmelzungen finanzieller Interessengemeinschaften, Verküftungen usw. folgen werde und daß erst dann und ganz nach und nach man die für den Uebergang zur sozialistischen Wirtschaftsordnung nötigen Vorbereitungen geschaffen werden. Vorbereitungen! Von da bis zur Verwirklichung und Erfüllung des Sozialismus ist bekanntlich noch ein sehr weiter Weg!

Diese Erkenntnis zieht sich wie ein roter Faden durch die Debatten der letzten Monate. Die Offenherzigkeit erklären ganz offen ihre frühere Ansicht für eine Illusion, die der Verlauf des Krieges beseitigt habe. Und die Praktiker laagen ganz deutlich: „Der Sozialismus als Produktions- und Wirtschaftsform ist keine bloße Frage politischer Willensfindung, sondern eine Frage der Wirtschaftsentwicklung. Er kann sich als neue Gesellschaftsperiode nur durchsetzen, wenn er durch die

ökonomischen Verhältnisse zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist.“ (August Winnig: Zur Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie, 1916.) Alle die Utopisten: Cabot, Fourier, Entfants, Weitling, auch die Gelehrten Marx und Engels hätten sich eben geirrt, wenn sie schon vor 50 und 100 Jahren die gesellschaftlichen Zustände für reif zur Verwirklichung der kommunistischen Wirtschaftsorganisation gehalten hätten. Geradezu kurios komme einem jetzt vor, daß Marx und Engels schon 1849 die kapitalistische Entwicklung für reif genug gehalten hätten „zur Errichtung der Herrschaft des revolutionären Proletariats und zur Beseitigung der kapitalistischen Produktion“.

So löst es von rechts nach links hinüber und der Unbeteiligte erfährt daraus, daß man die Hoffnung auf das Chaos, auf den Zusammenbruch unserer Wirtschaftsordnung und auf die Möglichkeit, auf diesen Trümmern die Burgen des Sozialismus aufbauen zu können, aufzugeben hat. Die Annäherung an den Sozialismus und die Abnahme neuer sozialer Reformen kann erst kommen, wenn die Mehrheit der im Wirtschaftsgetriebe ausschlaggebenden Bevölkerungen solche soziale Fortschritte als Notwendigkeit erkannt hat, b. h. wenn die bestehende Wirtschaftsweise als ein Widerstreit gegen die Interessen des Staats empfunden wird und Änderungen verfassungsmäßig beschlossen werden; denn die eine Wirtschaftsweise geht nicht ohne Zutun der Menschen in die andere über.

Das Wort von Marx ist wieder zur Geltung gekommen: „Die Menschheit stellt sich immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird man stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspricht, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens beruhen.“ Das aber diese materiellen Bedingungen noch nicht gegeben sind, hat uns recht eindringlich der lange Krieg gelehrt, und es ist recht interessant, daß man das jetzt auch auf der äußersten Linken unserer politischen Parteien einzusehen beginnt und daß man gerade durch den Krieg auf die alte Wahrheit eines Karl Marx aufmerksam geworden ist, die er in der Vorrede zu seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ auspricht: „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an ihre Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgereift worden sind.“ Das sind sie aber noch nicht.

Die Lohnbewegung im Schneidergewerbe beendet.

Obgleich die von den Arbeitnehmerverbänden des Schneidergewerbes in diesem Jahre eingeleitete Lohnbewegung die umfangreichste war, die jemals stattgefunden hat, hat sie sich doch mit einer Ruhe abgewickelt, wie man sie bei früheren Lohnbewegungen kleineren Umfanges nicht hat beobachten können. Angehts dieser Tatsache könnte der unbeteiligte Beobachter leicht zu dem Schluß kommen, daß nur das arithmetische Mittel bei den Verhandlungen zu suchen gewesen sei, um Forderung und Angebot in Einklang zu bringen. Das war aber nicht der Fall. Denn bei den Forderungen, die von den Gehilfenverbänden gestellt waren, war zu erwarten, daß die Arbeitgeber den größten Widerstand entgegenzusetzen werden, und es hat auch wahrlich nicht daran gefehlt. Denn eine 30prozentige Lohnerböschung, wie sie von den Arbeitnehmern verlangt wurde, ist keine Kleinigkeit, und wenn es dennoch gelungen ist, eine Arbeiteridylle befriedigendes Resultat zu erzielen, so ist dies doppelt hoch einzuschätzen.

Am 12. d. Mts. fanden in Berlin die Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Herren- und Knabenkleider-Fabrikanten statt, die nach zweitägiger Verhandlung zu einer Einigung auf folgender Grundlage führten:

1. Auf den Gesamtlohn (verdienendes Progenlohn) wird ab 1. April 1917 ein Zuschlag von 35 Prozent gewährt.

2. Alle noch nicht geregeltel Teil-, Afford- und Zeitzöhne der Werkstattarbeiter werden zwischen den Ortsgruppen der beiderseitigen Verbände tariflich vereinbart.

3. Einer etwaigen Serienverschiebung nach unten soll seitens der Vertrag schließenden Parteien mit allen Mitteln entgegenzuwirken werden.

4. Die aus dem Veresbesichtig Entlassenen sollen wieder in derselben Serie beschäftigt werden, in der sie vorher gearbeitet haben.

5. Zur Beilegung aller aus dem Tarifvertrag etwa entstehenden Streitigkeiten wird ein Schiedsgericht gebildet, das spätestens am 1. Juli 1917 in Kraft treten soll. Bis dahin entscheiden die ört-

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. Februar 1917.

In der Holzindustrie von Rheinland-Westfalen waren die Tarife gekündigt worden, und die Bemühungen des Reichsamts des Innern, neue Verhandlungen anzubahnen an dem Widerstande der organisierten Unternehmer gescheitert. Neuerdings ist es auf Veranlassung des Reichsamts doch zu Verhandlungen gekommen, die in Essen stattfanden und folgenden Nachtrag zu den Arbeitsverträgen zeitigten:

1. Die Dauer der bestehenden Arbeitsverträge wird um ein Jahr verlängert.
2. Die seitverigen Vertragslöhne
 - a) bis zu 55 Pfg. werden auf 55 Pfg.
 - b) von 56-60 Pfg. werden auf 60 Pfg.
 - c) von 61-65 Pfg. werden auf 65 Pfg. aufgerundet.
 Zur Lohnklasse a gehören die Orte: Aalen, Lüdenscheld, Lünen, Neuwied, Sterkrade, Velbert, Waltrop, Wessl.
3. Zur Lohnklasse b die Orte: Bottrop, Vorbeck, Geiselförden, Gladbeck, Lemmke, Lütgendortmund, Oberhausen, Recklinghausen, Rotthausen, Schonnebeck, Wanne, Witten, Hamborn.
4. Zur Lohnklasse c die Orte: Altenessen, Bochum, Bredeken, Dortmund, Duisburg, Essen, Sagen, Gasse, Gerne.

Neben den zu 2 genannten Vertragslöhnen ist eine Teuerungszulage für die Stunde zu zahlen in Lohnklasse a von 16, b und c von 15 Pfg.

Es ist danach an Vertragslohn und Teuerungszulage zusammen für die Stunde zu zahlen: In Aalen, Lüdenscheld, Lünen, Neuwied, Sterkrade, Velbert, Waltrop, Wessl 73 Pfg. In Bottrop, Vorbeck, Geiselförden, Gladbeck, Lemmke, Lütgendortmund, Oberhausen, Recklinghausen, Rotthausen, Schonnebeck, Wanne, Witten, Hamborn 75 Pfg.

In Altenessen, Bochum, Bredeken, Dortmund, Duisburg, Essen, Sagen, Gasse, Gerne 80 Pfg. Die höheren Vertragslöhne der Maschinenreiner bleiben weiter in der gleichen Weise über den obigen Löhnen bestehen.

Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren erhalten eine Teuerungszulage von 10 Pfg. die Stunde. Die vorstehenden Teuerungszulagen werden auch den Affordarbeitern gezahlt. Das gleiche gilt für die Montagearbeiter; der Mindestzuschlag für die Montagern mit Nebenarbeiten beträgt 4 Pf. für den Tag einschließlich Sonntags.

Wo höhere Teuerungszulagen als die vorstehenden vereinbart oder gezahlt sind, bleiben diese bestehen. Die auf Grund der Anweisung des Rhein-Westfälischer Innungsverbandes und des Westdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Berggewerbe vom Januar 1917 in Form einer Wozenzulage gezahlten Beträge von 9 Pf. ab 1. 1. 17, von 11 Pf. seit 15. 2. 17 und 6 Pf. für jugendliche Arbeiter gelten auch weiterhin als Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung der in Ziffer 3 festgesetzten Teuerungszulagen.

8. Kriegsverletzte, deren Verletzung die volle Arbeitsleistung beeinträchtigt, sind nach Beendigung des Seilverfahrens möglichst wieder in ihren alten Betrieb einzustellen. Ihre Entlohnung erfolgt bei Affordarbeit nach den für alle übrigen Arbeiter geltenden Affordarbeiten und Tarifen. Lohnarbeiter sind, wenn ihre Verletzung sie an voller Arbeitsleistung hindert, ihren Leistungen entsprechend zu bezahlen. Eine geringere Entlohnung unter Verweisung auf die dem Verletzten zuerkannte Rente ist unzulässig. Steigende Erwerbsfähigkeit ist durch entsprechende Erhöhung des Lohnes gebührend zu berücksichtigen. Streitigkeiten sind durch die Schlichtungskommission zu entscheiden.

9. Dieser Nachtrag tritt am 16. Februar 1917 in Kraft. Nach Ablauf des neuen Vertragsjahres wird über Fortdauer oder Veränderung der Teuerungszulagen und Vertragslöhne von neuem verhandelt.

Das Eisene Kreuz erster Klasse erwarb sich der Kollege Hugo Hädrich aus Rena, der frühere Kassierer unseres dortigen Ortsvereins der Holzarbeiter. Möge es dem tapferen Vaterlandsverteidiger verpönt sein, recht bald wohlbehalten in seinen früheren Wirkungskreis zurückkehren und seine ehrenvolle Auszeichnung noch recht viele Friedensjahre zu tragen!

Haben wir nach Friedensschluss einen Mangel an kleinen Wohnungen zu erwarten? Diese Frage ist in letzter Zeit mehrfach verneint worden. Insbesondere wurde dabei, was die augenblicklichen Verhältnisse Groß-Berlins und sonst der einen oder der anderen der deutschen Großstädte anlangt, auf die erhebliche Zahl der zur Zeit leerstehenden Wohnungen hingewiesen. Diese irrige Auffassung wird für Groß-Berlin durch das nunmehr vorliegende Ergebnis der Zählung der leerstehenden Wohnungen vom 15. Mai 1916 widerlegt. Sie ist darauf zurückzuführen, daß man die einzelnen Größenklassen der leerstehenden Wohnungen nicht getrennt hat. An großen Wohnungen ist allerdings zur Zeit in Berlin und seinen Vororten ein Vorrat vorhanden, der über das Bedürfnis hinausgeht. Betrachtet man aber die kleinen, d. h. die aus zwei Zimmern bestehenden Wohnungen, die die

lichen Vertrauenspersonen, eventuell unter Einziehung eines Unparteiischen.

6. Die aus dem Besondere zurückkehrenden Zuwanderer sollen bezüglich ihrer Entlohnung zeitgemäß aufgebessert werden.

Zu bemerken ist dabei, daß, solange die Streckungsverordnung vom 4. April 1916 besteht, wonach die Arbeitgeber bekanntlich einen Zuschlag von 10 Prozent an die Arbeiter bezahlen müssen, die Lohnerbhöhung 25 Prozent beträgt. Wenn die Streckungsverordnung fällt, die ja doch im Widerspruch mit dem vaterländischen Hilfsdienst steht, tritt der allgemeine Zuschlag von 35 Prozent in Kraft. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit bis ein Jahr nach Friedensschluss und auch für die Orte, wo die Tarife nicht gekündigt sind, mit Ausnahme von Aachenburg. Der Arbeitgeberverband wird sich jedoch bemühen, daß sich auch diese Ortsgruppe den Vereinbarungen anschließt.

Den Erfolg der Arbeitnehmer kann man erst dann richtig ermessen, wenn man in Betracht zieht, welche erbitterten Kämpfe der Einführung der Tarife für diese Branche vorausgegangen sind. Daher ist es um so erfreulicher, daß diesmal in so kurzer Frist ein so bedeutender Erfolg für die Arbeiterchaft der Konfektionsindustrie errungen ist.

Am 16. d. Mts. fanden sodann in Nürnberg die Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Maschinenbranche statt. Hier lag die Entscheidung bezüglich der Lohnhöhe in den Händen eines unparteiischen Dreimännerkollegiums, das sich aus den Herren Magistratsrat Dr. v. Schulz-Berlin, Stadtrat Dr. Hiller-Frankfurt a. M. und Gewerbetreibender Dr. Sartorius-München zusammensetzte. Bei diesen Verhandlungen war das Zugeständnis von Seiten der Konfessionäre in Höhe von 35 Prozent für die Vertreter der Arbeitnehmerverbände von wesentlichem Nutzen. Die Mitteilung, daß die Konfessionäre 35 Prozent bewilligt haben, verurteilte bei den Arbeitgebern der Maschinenbranche gelinden Schreck. Dennoch war der Kampf zwischen den Parteien ein schwererer als mit den Konfessionären, weil ja die Verhältnisse in der Maschinenerei anders gelagert sind als in der Konfektions- und letztere die größte Konkurrenz der Maschinenerei ist. Trotzdem ist eine Lohnerbhöhung auch für die Maschinenbranche von 25 Prozent erreicht, die vom 1. März 1917 ab in Kraft tritt. Werden neue Forderungen gestellt, so erfolgt eine dreimonatliche Kündigung sämtlicher Tarife und ist der Abschluß neuer Tarife gleichbedeutend mit der Schaffung des Reichstarifs für das gesamte Maschinenergewerbe.

Da bei früheren Lohnbewegungen auf die Stundenlöhne zu wenig Gewicht gelegt worden ist, so sind in einzelnen Orten noch solche von 38 Pfg. zu verzeichnen. Deshalb ist auf die Stundenlöhne von 38-50 Pfg. außer dem Zuschlag von 25 Prozent noch ein solcher von 5, 4, 3, 2 und 1 Pfg. erfolgt.

Zu erwähnen ist noch, daß auch in der Konfektionsindustrie der einseitige Ablaufstermin für sämtliche Tarife als Lohn für die bewilligten 35 Prozent den Arbeitgebern ausgetan wurde. Wenn dieses Zugeständnis für die Arbeitnehmerverbände auch von ziemlich weittragender Bedeutung ist, so ist dem entgegenzuhalten, daß die Zeitverhältnisse früher oder später doch dazu gedrängt hätten, den einseitigen Ablaufstermin einzuführen.

Wenn auch die Lohnerbhörungen den allgemeinen Teuerungsverhältnissen nicht voll und ganz entsprechen, so kann dennoch angenommen werden, daß sie geeignet sind, in den beteiligten Arbeiterkreisen Befriedigung auszulösen. Außerdem gewinnt die Lohnerbhöhung noch insofern an Bedeutung, da die 25 resp. 35 Prozent keine Teuerungszulage ist wie in andern Gewerben, sondern eine feste Lohnzulage, die auch beim Sinken der Lebensmittelpreise nicht gekürzt werden darf.

In Anbetracht dieser Lohnerbhöhung wäre nur zu wünschen, daß die gesamte Arbeiterschaft im Schneidergewerbe den Wert der Organisation erkennen möchte und sich derselben anschließt, damit nicht nur das, was jetzt erreicht ist, festgehalten, sondern noch weiter ausgebaut werden kann. Auch sollte es sich jeder Ortsverband zur Aufgabe machen überall da, wo Gelegenheit geboten ist, dem Gewerksverein der Schneider neue Vitallieder anzuführen. Diese Lohnerbhöhung bietet die beste Gelegenheit, den Indifferenten allerorts die Notwendigkeit des Zusammenschlusses vor Augen zu führen und sie darauf hinzuwirken, daß es eines arbeitsdenkenden Arbeiters unwürdig ist, von den Früchten zu ernten, die andere geät haben. S. K. K. K.

von den breiteren Bevölkerungsschichten hauptsächlich begehrte Art darstellen, für sich, so ergibt sich für Groß-Berlin ein Prozentfuß an leerstehenden Wohnungen von nur 3,2, was für normale Zeiten gerade das Maß dessen darstellt, das eine reibungslose Abwicklung des Umzuges gewährleistet, bei dem Rückströmen der im Felde befindlichen Familienväter aber die Gefahr absolut unzureichender Unterkunstmöglichkeiten in sich schließt. In einzelnen Stadtteilen, die stark für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen in Betracht kommen, geht dieser Anteil noch bedeutend herab, so z. B. im Norden und Nordwesten von Berlin auf 1,9 v. S., was sogar für normale Zeiten nicht ausreicht. Nach diesen Ergebnissen dürfen die Wohnungsfrage nicht zum Schweigen kommen, es ist vielmehr notwendig, immer wieder und mit allem Nachdruck die Aufmerksamkeit auf die hier drohende Gefahr hinzuwenden.

Auch aus anderen Teilen Deutschlands liegen jetzt die amtlichen Ergebnisse von statistischen Erhebungen vor, die auf dieselbe Gefahr hinweisen. So läßt ein kürzlich erscheinender, auf eine Erhebung vom Herbst 1915 gestützter Erlaß des Bayerischen Staatsministeriums des Innern erkennen, daß für eine ganze Anzahl bayerischer Städte, nicht nur der Groß-, sondern auch der kleineren Mittelstädte, bei dem augenblicklichen vollständigen Stillliegen jeder Wohnungsbau-tätigkeit für die Zeit nach dem Kriege mit einer verstärkten Wohnungsmangel zu rechnen sein wird, gegen die tunlichst bald vorbeugende Mittel ergriffen werden müssen. Auch aus Bremen, der Stadt, die sich bisher unter allen deutschen Großstädten infolge des dort bis in die letzte Zeit vorherrschenden Einfamilienhausbaues der idealsten Wohnungsverhältnisse rühmen konnte, wird an der Hand neuer Erhebungen berichtet, daß die Zahl der leerstehenden Ein- bis Dreizimmerwohnungen wegen des vollständigen Darniederlegens der Bautätigkeit 1915 bereits auf 1,67 Prozent zurückgegangen war.

Es kann daher nach allen diesen Feststellungen nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, daß an vielen Orten der Vorrat an kleinen Wohnungen sich nicht als ausreichend erweisen wird, um dem mit aller Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Bedürfnisse zu genügen, und die Warnung ist gewiss am Platze, nicht sorglos alles der weiteren Entwicklung zu überlassen.

Die bisher vom Reichstage bewilligten Kriegsanleihen betragen in Milliarden Mark:

Am 4. August 1914	5
" 2. Dezember 1914	5
" 20. März 1915	10
" 20. August 1915	10
" 21. Dezember 1915	10
" 2. Juni 1916	12
" 27. Oktober 1916	12

Außerdem werden vom Reichstage in diesen Tagen weitere 15 Milliarden Mark Kriegskredite gefordert werden, deren Bewilligung so gut wie sicher ist. Die Reichsschuld ist somit durch den Krieg um die ungeheure Summe von 79 Milliarden Mark angewachsen.

Wir werden durchhalten und siegen, wenn wir mit unseren Vorräten haushälterisch umgehen und wenn die Landwirtschaft besser als bisher ihre Pflicht gegenüber der Industrieerwerbschaft erfüllt. Das war der Kern der Ausführungen, die der Staatssekretär Dr. Helfferich in der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats gemacht hat und in denen er u. a. sagte:

„Aber, meine Herren, bis zur nächsten Ernte ist noch ein weiter und nicht ganz leichter Weg. Auch der beste Wirtschaftsplan für das nächste Jahr, auch die ärgste Arbeit und Aufopferung des Landwirts für die kommende Ernte enthebt uns nicht der ehernen Notwendigkeit, für eine Reihe von Monaten mit dem Vorhandenen auszukommen. Wir haben die Gewißheit, daß unsere Bestände ausreichen, wenn überall die gebotene Sparsamkeit waltet, nicht nur bei den Verbrauchern, bei denen sich die Sparsamkeit durch die knappe Ruteilung von selbst erzwingt, sondern auch bei den Erzeugern, die von den Früchten der eigenen Scholle leben. Die Bevölkerung der Städte und Industriebezirke, die Millionen ohne eigene Scholle, haben Wochen schwerer Entbehrungen hinter sich. Ihre schwebel Knappen Rationen wurden durch den harten Frost, der wochenlang die Zufuhren sperrte, auf das Empfindlichste eingeschränkt. Sie haben die Entbehrungen mit bewundernswürdiger Einsicht und Zähigkeit ertragen, im Bewußtsein, daß Durchhalten die erste Voraussetzung des Sieges ist. Das sind die Hände, die unsere Brüder draußen im Feld und auf der See die Waffen schmiegen, die in harter Arbeit unter Tag und vor dem Feuer, an Drehbank und Schraub-

In Fabriken und Schmelzwerke für den Krieg die Arbeit verrichten, eine Arbeit, ebenso hart und ebenso wichtig wie die Arbeit des Landwirts. Es gilt, ihr die Arbeitskraft durch ausreichende Ernährung zu erhalten. Diese Pflicht, diese Notwendigkeit muß Tag und Nacht einem jeden vor Augen stehen, der in der glücklichen Lage ist, über den eigenen Knappen, dem Kriege angemessenen Bedarf hinaus über eigene Bestände zu verfügen. Wer gibt, was er irgend entbehren kann, der hilft, unsere Schicksale zu lenken; wer zurückhält, der hilft dem Feind. Wir sind auf dem Wege, planmäßig durch eine über das ganze Land zu erstreckende Organisation die Ablieferung der entbehrlichen Erzeugnisse zu befördern. Aber die besten Maßnahmen und die vollkommenste Organisation kann nur dann wirksam werden, wenn alle in Stadt und Land von der Hebezeugung durchdrungen sind, daß es jetzt um das Ganze geht, daß von jedem das Höchstmögliche an Leistungen und Opfern verlangt werden muß, um in dem großen Entscheidungskampf den Sieg zu erringen."

Alles großen Erfolge haben bisher solche Maßnahmen leider nicht gehabt. Ob's diesmal helfen wird?

Aus dem Verbands.

Berlin. Die 582. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltung findet am Sonntag, den 26. Februar, abends 7 Uhr im Konzertsaal der Kgl. Hochschule für Musik, Hardenbergstraße, statt. Mitwirkende sind: Herr Arthur Schnabel: Klavier. Frau Theresie Schnabel-Vehr: Gesang. Violine oder Violoncello.

Börsen. Am Sonnabend, 17. Februar, tagte hier die erste diesjährige Ortsverbandversammlung, in welcher der Vorsitzende Kollege Max Riebel Bericht erstattete über seine Tätigkeit im verfloffenen Jahr. Zu Anfang des Jahres 1916 hatte er die Vorarbeiten zu einer am 8. Januar hier tagenden Konferenz der Ortsverbände im Königreich Sachsen, welche dem Landesverband einberufen worden war, vorzunehmen. Die Konferenz erstreckte sich eines sehr guten Besuchs; die Ausführungen des Kollegen G. a. r. m. a. n. n. - Berlin, der als Verbandsvertreter anwesend war, wurden mit großem Interesse aufgenommen. Im Februar hatte Kollege Riebel eine Aussprache mit dem neu ernannten Schöffen und Gesammten, um ihnen Aufschluß über das Verhalten hierzu zu geben. Ferner wurden von Vorsitzenden die Vorarbeiten zu einer einzuleitenden Lohnbewegung bei der Firma Franz Richter hier vorgenommen. Die darauf erfolgten Verhandlungen der beteiligten Organisationen ergaben eine Feuerungszulage von wöchentlich 3 Mk.; ferner wurde auf Grund einer Anregung des Kollegen Riebel von derselben Firma zu Weihnächten für den Ausfall der Ferien der Betrag von 15 und 30 Mk. in bar ausgezahlt.

Durch Eingaben an die Behörden in bezug der Ernährungsfragen und persönliche Verhandlungen mit dem hiesigen Stadtrat und dem Kommunalverband ist es unserm Vorhaben weiter gelungen, für die hiesige Bevölkerung und insbesondere für die Schwerarbeiter einigermaßen entsprechende Verbesserungen in der Ernährungsfrage zu schaffen. Auch in der letzten Stichtberichtsveröffentlichung nahm der Vorsitzende Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß eine gerechtere Verteilung der Nahrungsmittel vorzunehmen sei, um so der jetzt herrschenden äußersten Not zu steuern. Bei einigermaßen gutem Willen müßte es möglich sein, auch der ärmeren Bevölkerung das Durchhalten zu erleichtern. In der vom Kollegen Riebel geführten Auskunftsstelle wurden 30 Schriftsätze angefertigt und 6 mündliche Auskünfte erteilt; ferner wurden von ihm 200 Briefe und Druckzettel an die im Felde stehenden Kollegen versandt. Da er ferner tätig ist im Schulmutter-Verbandsauschuß der sächsischen Berle, Verein Heimatabend, Frauenvereinsauschuß, Arbeiterauschuß, Krankenlattenvorstand und im Auschuß nach § 7 des vaterländischen Hilfsdienstes ist die Gewand geboten, daß die Interessen der Arbeiter und insbesondere der Gewerbetreibenden jederzeit gewahrt werden.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerbetreibenden (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstraße 221-23. Nächste Sitzung am 7. März 1917. — Kombitorgehilfen-Verein Groß-Berlin (Ortsverein II G.-D.). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sport-Restaurant, Dirlsenstraße 1. Die beiden anderen Diensttage Sitzung, Lipowitzstraße 93 bei Gericht. — Sonnabend, den 24. Februar 1917. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8 1/2 Uhr im „Nordwest-Kasino“, Alt-Moabit 55. — Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII. Abends 8 1/2 Uhr, Schönhauser Allee 57. L.-D. beiseitig.

Orts- und Bezirksverbände.

Rebiginat-Verband Berlin und Vororte. Generalversammlung am 4. März, 1917, vormittags 9 1/2 Uhr, Greifswalderstraße 222. Tagesordnung: 1. Kasien- und Revisionbericht. 2. Geschäftliches. — Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 9 1/2 Uhr, Vertreterversammlung im „Bourbon“ Gesellschaftslokal, Bremen, Reffenstr. — Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Sankteln. Sombodewerstraße 42. — Danzig (Ortsverband). Gemeinliche Versammlung aller Verufe jeden Sonnabend von dem 1. des Monats, abends 8 1/2 Uhr im Schuhmacher-Gewerkschafts-Vorständlers Groben 9. — Dessau. Gewerbetreibenden-Vereinslokal jeden Mittwoch, abends 8 1/2 - 11 Uhr, Lebnungshunde im Vereinslokal, Raststr. — Frankfurt a. O. (Gewerbetreibenden-Verein). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Lebnungshunde im Vereinslokal, Raststr. 16. Verbandskollegen herzgl. willkommen! — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreterversammlung. Jeden ersten

und dritten Sonntag, abds. 8-8 1/2 Uhr, Diskussionsklub im Verkehrslokal von C. Simon, Alter Markt. — Hamburg (Ortsverb.). Jeden 2. Freitag im Monat 9 1/2 Uhr Ortsverbandvertreter-V. h. V. G. Gemeinl. Hamburg (Rebiginat). Jeden Montag von 8 bis 11 Uhr bei Groll, Lagerstraße 2. — Hamburg (Gewerbetreibenden-Verein). Jed. Donnerstag Lebnungshunde abends 9-11 Uhr im Vereinslokal. — Jersohn. Diskussionsabend jed. 3. Mittwoch im Monat, abends pünktl. 8 1/2 Uhr h. D. Hilfe, Rebenerstr. 6. — Leipzig (Gewerbetreibenden-Verein). Die Lebnungshunde finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 26, statt. Gäste und stimmungsgemäße Mitglieder herzgl. willkommen. — Mülheim-Ka. Jeden 1. Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung im Verbandslokal bei Herrn Johann Köller, Sandstraße 88. — Stettin (Sängerkorps der Gewerbetreibenden). Die Lebnungshunde finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmengemäße Kollegen sind herzgl. willkommen! — Teget (Diskussionsklub f. Regel, Fortgasse u. Reindendorfer). Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Römer, Schlieperstr. 28. Ede. Schönebergstraße. — Wanne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Vierteljahr, nachm. 4 Uhr Versammlung bei der Vereinswirtin W. Rabbert (Brenne Wanne-Eidel), Viktorstraße 85. — Weihenfeld a. S. (Sängerkorps „Harmonie“ der Deutschen Gewerbetreibenden). Lebnungshunde jeden Mittwoch, abends 8 1/2 - 11 Uhr im Vereinslokal „Klostergarten“. Gefangene Gewerbetreibendenkollegen herzgl. willkommen! — Worms (Ortsverband). Gefangene Gewerbetreibendenkollegen (G.-D.) jeden Sonntag, abends 9 Uhr Singsunde im Verbandslokal „Reinhold“.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren.
Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.
Der Heimstättenbau des Arbeiters auf dem Lande und Arbeiterheimstätten. Der Stammbau als volkswirtschaftliche Baueinrichtung zur Förderung des Siedlungswesens. Mit etwa 200 Abbildungen für die Gesellschaft für Heimkultur e. V. herausgegeben von Friedrich Paur, Oberlehrer der Kgl. Baugewerkschule zu Rottweil, früher Landwirt, Landbesitzer und Kulturgenosse. Preis 3 Mk., geb. Mk. 4.50 (Porto 30 Pfg.) Heimkultur-Verlag, Wiesbaden.
Zur Förderung des Kleinwohnungswesens. Aufgestellt im Auftrage des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, von Fischer, Geh. Rat. Heft 24 und 25 der Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation. Deutsche Landesbuchhandlung G. m. b. H., Berlin SW. 11.
Haus, Garten, Feld. Bereinigt mit: Der Garten. Mit dem Beiblatt Tiergärtner und Tierfreund, Heft 20-24. Erscheint alle 14 Tage, Preis vierteljährlich 75 Pfg. Franzische Verlagsbuchhandlung in Stuttgart.

Anzeigen-Teil.

Interate werben uns gegen vortheilige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1916

auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsmitglieder und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.
NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Durch das Verbandsbureau der Deutschen Gewerbetreibenden Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 222, sind folgende Schriften zu beziehen:

Unterstützung des gewerblichen Einigungswesens in Deutschland von Magistratsrat R. v. Schulz. Preis 20 Pfg.

Masseier und Malanosperrung. Eine privatrechtliche Abhandlung von Dr. F. G. Schmalz. Preis 50 Pfg.

Die Großfirmen zum Einzelpreis von 10 Pfg. kosten in Berlin (auch gemischt) bezogen: 10 Stück 80 Pfg., 20 Stück 1.50 Mk., 50 Stück 3.75 Mk.

Verbandsrecht für das Deutsche Reich von Karl Goldschmidt. Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pfg., 6 Stück kosten 1.00 Mk., 12 Stück 1.80 Mk.

Recht des Arbeitsrechts von H. G. L. Preis 4.80 Mk.

Neuzeitliche Wirtschaftspolitik von Friedr. Raumann. Preis 5 Mk.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten Unterstüßung bei Besuche, Peterstraße 99.

Rattowitz (G.-D.). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Kollegen S. Piffula, Molltestraße 5, Mittags 12-1, abends nach 11 Uhr.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüßung bei Rehfeldt, Sellstr. 38.

Söln und Rahlheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerbetreibendenbureau, Severtstr. 156.

Wathenow (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer H. u. a. S. u. b. Semlinstr. 28.

Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten ein Ortsbesuch von 1 Mk. beim Ortsverbandsvorstandigen H. H. e. n. t. u. b. Vorrede Postfach 25.

Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen aller Verufe erhalten Frei-Sitz und Morgentast im Verbandsbureau, Restaurant zum „Reifen“, Ruffenstraße 10. Karten werden im Arbeiter-Freizeitlokal beiseitig 1 Tage ausgegeben. Kr.-Einkaufspreise für alle Verufe.

Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbesuch beim Kassierer Paul Bar, Wilhelmstr. 5, mittags von 12-1, abends von 8-7 Uhr.

Wittenberg (Ortsverb.). Verpflegungskarten für durchreisende Gewerbetreibendenkollegen beim Ortsverbandskassierer Paul Buttle, Morgenstraße 3. Verkehrslokal ist Bruns von Preußen, Logauerstraße.

Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsbesuch von 75 Pfg. bei den Ortsverbandskassierern ihres Berufs; und Verufe nicht am Orte vertretene, beim Ortsverbandskassierer D. K. e. n. d. o. r. f. h. a. l. l. u. m. f. r. 27.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstüßung bei S. a. a. b. l. e. Schramberg, Bernsdtr. 104 und bei Arbolin Stehl, Schiltach, Hauptstr. 49, bei der kath. Kirche.

Senftenberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Ortsverbandskassierer Otto Kuhle, Jüttenhof bei Senftenberg, Sandstr. 11, ortsbereitene Vereine auch bei den Kassierern. Senftenberg - Groß-Räden, Wädgen, Ann hätte, Dobritsch, Ueberrichtungskol., Gasthof zum Walchhof, Bes. Herr Schöne.

Weihenfeld a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstüßungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher unterbearbeiter, Kollege Koch, Leipzigerstr. 26.

Wurg b. Magb. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Theodor Rabe, Raststr. 10.

Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstüßung im Betrage von 75 Pfg. bei allen Vereinskassierern, für die fehlenden Verufe beim Ortsverbandskassierer H. B. r. e. n. d. l. e. r. B. e. r. a. f. 14.

Leipzig-West (Ortsverb.). Durchreisende Gewerbetreibendenkollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgeschenk bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachtartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße 25-27 Gültigkeit.

Stettin (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Betrage von 1.20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Ellabethstraße 49 (Städt. Gastwirtschaft).

Erfurt (Ortsverb.). An durchreisende Kol. wird eine Unterstüßung von 0.75 Mk. gezahlt durch den Ortsverbandskassierer August Seitzner, K. P. a. u. f. f. u. r. 20 und im Gewerbetreibendenbureau Blum Altstr. 1.

Wittenberg (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsbesuch von 75 Pfg. beim Kassierer Konrad Herr, Martinstr. 14.

Gannau l. Schlef. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstüßung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer F. W. a. l. t. e. r. 48 Anzeigern sind bei den Vereinskassierern zu haben.

Verantwortlicher Redakteur: Senator Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: G. G. e. d. e. r. t. u. G. a. l. l. i. n. e. l. Berlin W., Potsdamerstr. 118.

Unter
verfommt
Durchführ
Rundschau
Angelegen.
Auf
habe
gemacht
nen Sta
allen sp
Selben
sammern
das letzte
aufgebot
das Hilf
als stän
über das
fierter 2
lichterwe
Gründe,
organisa
Selben
es ausge
sein Rege
Aber nie
fen. Im
Abgeord
quinten
preußisch
folg hat
sich von
die Gleic
organisa
unsere
deutlich
genug
hältnis
änderun
es unbes
bruchs z
ungefähr
das sie
sie nun
Vertret
Die
gegen d
rührte
ihnen n
inter
lichkeit
nehmen
sich dem
beiter a
ernstlich
gelben